

Die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **15 (1968)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-365500>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen

Der sowjetisch-amerikanische Entwurf eines *Atomsperrvertrages* ist am 12. Juni 1968 von der XXII. Vollversammlung der Vereinten Nationen gutgeheissen worden. 95 Mitgliedsländer stimmten zu, 21 — darunter Brasilien und Indien — enthielten sich der Stimme, 4 stimmten dagegen. Allen Staaten wird damit empfohlen, dem Vertrag beizutreten.

Vorgeschichte

Stillstand der Proliferation seit 1964
Der Vertrag geht auf die Befürchtung zurück, dass eine grössere Zahl von Staaten Atomwaffen erwerben könnten. Dazu gab die Ausbreitung der Voraussetzungen für die Herstellung solcher Waffen im Zuge der Entwicklung der zivilen Nutzung der Kernenergie Anlass. Um 1960 wurde als möglich erachtet, dass es 1965 rund 20 Atommächte geben könnte. Diese Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet: Heute verfügen 5 Staaten, die 5 Grossen von 1945, über Atomwaffen.

Den Anstoss zu den Bemühungen der UNO um die Begrenzung des Atomklubs gaben Nichtatommächte wie Irland und Indien. Ab 1963 nahmen die USA, die Sowjetunion und England das Heft in die Hand.

— Dezember 1961: UNO-Resolution über nukleare Abrüstung und Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen

— August 1963: Moskauer Abkommen über ein teilweises Verbot von Atomexplosionen (ausser China und Frankreich treten alle grösseren Staaten bei; die Schweiz tritt bei)

3 Jahre Verhandlungen

— August 1965 bis Juli 1967: Genfer Konferenz der 17 Nationen befasst sich mit verschiedenen getrennten amerikanischen und sowjetischen Entwürfen eines Atomsperrvertrages

— August 1967: Erstmalige Unterbreitung gleichlautender sowjetisch-amerikanischer Entwürfe

(die Frage der Kontrolle bleibt offen)

— Januar 1968: Unterbreitung des vollständigen sowjetisch-amerikanischen Entwurfes.

Dieser Entwurf ist nun mit kleineren Verbesserungen — vom 11. März 1968 und vom 28. Mai 1968 — zum Vertragstext erhoben worden.

Inhalt des Vertrages

Der Vertrag verbietet den Signatarstaaten die Weitergabe von Atomwaffen, soweit sie Atommächte sind, und die Herstellung von Nuklearwaffen, soweit sie nicht Atommächte sind. Er bestimmt im wesentlichen: Keine Weitergabe durch die Besitzenden — kein Erwerb durch die Nichtbesitzenden.

— Die unterzeichnenden Atommächte (USA, Sowjetunion und Grossbritannien) stellen weder nichtatomaren Staaten Nuklearwaffen zur Verfügung, noch verschaffen sie ihnen Zugang zur Kontrolle über diese Mittel

— Die unterzeichneten nichtatomaren Staaten enthalten sich der Herstellung oder des auf andere Weise bewerkstelligten Erwerbes von Atomwaffen

— Die nichtatomaren Staaten unterstellen ihre Tätigkeit in bezug auf die zivile Nutzung der Atomenergie der Kontrolle der Atomenergiebehörde der UNO (IAEA in Wien)

25jährige Vertragsdauer

— Die Atommächte verpflichten sich, Verhandlungen zu führen, um so bald wie möglich zu einer Einstellung des atomaren Rüstungswettlaufes und zu angemessenen Massnahmen im Blick auf die nukleare Abrüstung zu gelangen

— Die Vertragsdauer beträgt 25 Jahre. Die Möglichkeit des Rücktritts vom Vertrag ist gegeben.

Unerfüllte Forderungen — unberücksichtigte Kritik

Verschiedene wesentliche Forderungen nichtatomarer Staaten (Indien, Schweden, Rumänien, nichtverpflichtete Mächte, Schweiz usw.) bleiben unerfüllt.

— Das Memorandum der blockfreien Staaten vom 19. August 1966 verlangte nicht nur die Verhinderung der Entstehung neuer Atommächte, sondern auch die Einstellung der Produktion von Atomspengkörpern durch die Atommächte

— Die 17er Konferenz in Genf hatte den Auftrag, auch die Einstellung der unterirdischen Kernversuche zu vereinbaren

— Der indische Delegierte in Genf, Trivedi, erklärte im August 1967: «Alle Länder haben sich zu verpflichten, kein weiteres spaltbares Material für militärische Zwecke herzustellen oder zu verwenden».

— Die Schweiz forderte in zwei Stellungnahmen vom November 1967 und Mai 1968 namentlich Gegenleistungen der Atommächte in Form einer Beschränkung des atomaren Wettrüstens sowie eine kürzere Geltungsdauer des Vertrages.

Folgerungen

Einseitiger Verzicht

Der Verzichtleistung der Nichtatomaren steht keinerlei Verzicht der Atommächte gegenüber. Diese produzieren weiter Atomspengkörper im Zusammenhang mit dem Aufbau von Raketenabwehrsystemen und der Bereitstellung neuer Offensivsysteme. Tests werden von ihnen weiterhin durchgeführt. Es ist nicht zu erkennen, warum die bisher vergeblich verlangten Gegenleistungen nach Abschluss des Vertrages plötzlich möglich werden sollten, nachdem die Entwicklung bis heute in der Richtung einer Beschleunigung des Wettrüstens verlief.

Adressänderung

des Zentralsekretariates des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz

Das Zentralsekretariat des SBZ befindet sich ab Montag, den 12. August, an folgender Adresse:

**Schwarztorstrasse 56
3007 Bern
Tel. 031 256581**

Infolge Umzugs bleibt das Zentralsekretariat in der Woche vom 5. bis 10. August geschlossen.